



Berichterstattung Parlamentarische Vorstösse, Planungserklärungen und Auflagen 2024

Direktion für Inneres und Justiz DIJ

Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat zum Stand der Umsetzung überwiesener Motionen und Postulate, Planungserklärungen sowie Auflagen

Datum RR-Sitzung:	8. Januar 2025
Geschäftsnummer:	2023.STA.1539
Direktion:	Staatskanzlei
Klassifizierung:	Nicht klassifiziert

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	3
2.	Motionen und Postulate mit Antrag auf Abschreibung	3
3.	Motionen und Postulate mit Antrag auf Fristverlängerung	5
4.	Stand der Bearbeitung überwiesener Motionen und Postulate ohne Anträge	5
5.	Planungserklärungen	9
6.	Auflagen Kreditgeschäfte	13

1. Einleitung

Mit dem vorliegenden Dokument erstattet der Regierungsrat dem Grossen Rat Bericht zu parlamentarischen Vorstössen gemäss Art. 70 des Gesetzes über den Grossen Rat (Grossratsgesetz, GRG; BSG 151.21). Der Bearbeitungsstand sämtlicher überwiesener Motionen und Postulate per Stichtag 31. Dezember 2024 wird aufgezeigt. Gleichzeitig beantragt der Regierungsrat allfällige Fristverlängerungen und Abschreibungen zu parlamentarischen Vorstössen dem Parlament zur Beschlussfassung (Art. 70 Abs. 1 und Abs. 3 GRG). Weiter erstattet der Regierungsrat Bericht zum Stand der Umsetzung von Planungserklärungen (Art. 53 GRG) sowie zu den Auflagen bei Kreditgeschäften.

2. Motionen und Postulate mit Antrag auf Abschreibung

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, zu welchen ein Antrag auf Abschreibung gestellt wird. Vor dem Hintergrund des Bearbeitungsstands wird der Antrag auf Abschreibung begründet

DIREKTION FÜR INNERES UND JUSTIZ (DIJ)				
Vorstoss-Nr. Typ	Urheber (Ort / Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand Begründung Antrag auf Abschreibung
053-2020 M	Dütschler (Hünibach, FDP) Im Berner Oberland soll das Wohnen und Arbeiten zwischen Bauzonen und Streusiedlungsgebiet weiterhin möglich sein	03.12.2020 Annahme	03.12.2024	Die Praxis beim Bauen im Streusiedlungsgebiet und die Gebietsabgrenzung im Kanton Bern wurden untersucht. Der Nutzen und die Anwendung des Streusiedlungsartikels (Art. 39 Abs. 1 Raumplanungsverordnung) differenzieren im Kanton Bern stark. Im Berner Oberland erfolgen Um- und Ausbauten im Streusiedlungsgebiet überwiegend gestützt auf Artikel 24c Raumplanungsgesetz. Eine Erweiterung der Gebietsabgrenzung ist aufgrund der Praxis und mit Blick auf die verschärften Kriterien des Bundes weder angezeigt noch zielführend. Die Möglichkeiten einer flexibleren Anwendung des Raumplanungsrechts werden im Rahmen der Umsetzung der revidierten Raumplanungsgesetzgebung (RPG2) geprüft.
061-2020 P	Stucki (Stettlen, GLP) Kleinwohnformen als Instrument der Siedlungsentwicklung fördern statt verhindern	03.12.2020 Annahme	03.12.2024	Die Überprüfung der geltenden rechtlichen Grundlagen hat ergeben, dass im Baugesetz mit Artikel 28 und Artikel 29 bereits heute Möglichkeiten bestehen, um mobile Kleinwohnformen (KWF) zu bewilligen. Permanente KWF sind raumplanerisch nicht zielführend. Es ist deshalb nicht angezeigt, gesetzliche Anpassungen vorzunehmen.
148-2020 M	Siegenthaler (Thun, SP) vom 03.06.2020 Entschädigung der Gemeinden für Amt- und Vollzugshilfen	22.03.2021 Annahme	31.12.2025	Der Kanton hat im Bereich SchKG-Gebühren keine Gesetzgebungskompetenz und kann die Gebühren zulasten der Schuldner/innen nicht erhöhen. Abklärungen der DIJ beim Bund (BJ) haben ergeben, dass das Anliegen der Motionäre auf Bundesebene keine Aussichten auf Erfolg hat. Der Bund plant im Gegenteil, die SchKG Gebühren teilweise zu senken. Im Übrigen gilt laut Polizeigesetz, dass die Gemeinden Amts- und Vollzugshilfe ohne Entschädigung leisten.
116-2021 M	Kohler (Spiegel b. Bern, FDP) vom 07.06.2021 Anpassung der HRM2-Abschreibungsdauer bei Schulhäusern und Kindergärten in den kantonal-bernerischen Gemeinden	14.06.2022 Annahme als Postulat	14.06.2024	Eine Arbeitsgruppe des Amts für Gemeinden und Raumordnung und des Verbands Bernischer Gemeinden hat den Anpassungsbedarf bei der Abschreibungspraxis und den Abschreibungsdauern überprüft und schlägt zuhanden des Regierungsrates eine Änderung der Gemeindeverordnung (GV) vor, um insbesondere die Nutzungsdauer von Schulanlagen von 25 auf 33 1/3 Jahre zu erhöhen. Die entsprechende Teilrevision der GV, welche der Regierungsrat im November 2024 beschlossen hat, tritt am 01.01.2026 in Kraft.
267-2021 P	Ammann (Bern, AL) vom 08.12.2021 Überprüfung der Effizienz und Effektivität von eBau und NEVO/Rialto	08.12.2022 Ziff. 1: Annahme Ziff. 2: Zurückgezogen	31.12.2024	Die Arbeiten für eine vertiefte Evaluation des Projekts eBau mit Fokus auf Effizienz und Effektivität bezüglich aller Nutzungsgruppen, Kosten und Nutzen sowie Ressourcenverbrauch sind abgeschlossen. Der entsprechende Bericht wurde dem Grossen Rat in der Wintersession 2024 vorgelegt.
172-2022 M	Knutti (Weissenburg, SVP) vom 05.09.2022 Massive Einschränkungen für die Gemeinden und das Gewerbe korrigieren	08.12.2022 Annahme	31.12.2024	Die Anforderungen an die Erschliessung von Arbeitszonen mit dem öffentlichen Verkehr bei der Beanspruchung von Kulturland wurden mit der Änderung von Artikel 11d der Bauverordnung (BauV) angepasst. Die BauV-Änderung ist am 1. März 2024 in Kraft getreten. Mit dem Richtplancontrolling '24 erfolgte die Anpassung des Massnahmenblatts A_05 (Rückseite). Das Motionsanliegen ist damit erfüllt.
217-2018 M	Leuenberger (Trubschachen, BDP) Fit für die Zukunft - elektronischer Geschäftsverkehr mit den Regierungstatthalterämtern	12.09.2019 Annahme	31.12.2023	Für die «Digitalisierung Bewilligungen RSTA» wurde im Jahr 2023 zusammen mit einigen Gemeinden ein Pilotbetrieb durchgeführt. Seit 2024 können interessierte Gemeinden das Angebot nutzen und sich für einen digitalen Verfahrensablauf der beiden Massengeschäfte (gastgewerbliche Einzelbewilligungen und Siegelungsprotokolle) anmelden. Mit einer gezielten Online-Schulung werden die angemeldeten Gemeinden auf die neuen Abläufe vorbereitet. Damit können seit Mitte 2024 gastgewerbliche Einzelbewilligungen digital eingegeben und verarbeitet werden. Das Gleiche gilt für das Inventarwesen. Weitere Geschäfte werden bei den Regierungstatthalterämtern möglichst rasch digitalisiert. Die konkrete Umsetzung ist abhängig von den zur Verfügung stehenden finanziellen und personellen Ressourcen.

033-2022 M	Gasser (Ostermundigen, glp) vom 07.03.2022 Kein Kahlschlag bei den Aussenbewirtschaftungsflächen	14.06.2022 Annahme	31.12.2024	Die Praxis im Umgang mit Aussenbewirtschaftungsflächen nach der Pandemie bewährt sich. Betroffene Gastgewerbebetriebe haben zusammen mit den Orts- und Baupolizeibehörden der Gemeinden und den für das Gastgewerbe zuständigen Bewilligungsbehörden für alle Beteiligten überwiegend zufriedenstellende Lösungen gefunden. Oft wurde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, mit einem Gesuch um Vergrösserung der Aussenfläche die Aussensitzplätze entsprechend zu erweitern.
271-2022 M	Sancar (Bern, Grüne) vom 06.12.2022 Erhöhung des Betrags für persönliche Auslagen von Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern	06.09.2023 Annahme	31.12.2025	Der Betrag für persönliche Auslagen von Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern wurde vom Regierungsrat per 1. Januar 2024 von monatlich CHF 367 auf CHF 387 erhöht.
122-2019 M	Amstutz (Sigriswil, SVP) Weiterbetrieb des Campingplatzes Fanel	12.03.2020 Annahme	31.12.2024	Der TCS hat den Betrieb des Campingplatzes Fanel am 6. Oktober 2024 definitiv eingestellt. Es befinden sich keine Campeure mehr auf dem Gelände. Kanton und TCS haben ein Gesuch um Rückbau und Renaturierung eingereicht. Dies entspricht der tripartiten Vereinbarung zwischen Kanton, TCS und Umweltverbänden von 2018 zur Aufhebung des Campingplatzes per Ende 2024. Nach den Gutachten der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) von 2003 und 2023 sowie dem Gutachten von Alt-Bundesgerichtspräsident Dr. Lorenz Meyer von 2022 ist der Campingplatz zonen- und umweltrechtswidrig. Die ENHK verlangt die Aufhebung des Campingplatzes und die Renaturierung des gesamten Gebietes. Die Legalisierung des Campingplatzes ist chancenlos. Die Umsetzung der Motion ist unmöglich.
082-2020 M	Amstutz (Sigriswil, SVP) Aufhebung des Aufnahmestopps beim Campingplatz Fanel	3.12.2020 Annahme	31.12.2024	Der TCS hat den Betrieb des Campingplatzes Fanel am 6. Oktober 2024 definitiv eingestellt. Es befinden sich keine Campeure mehr auf dem Gelände. Kanton und TCS haben ein Gesuch um Rückbau und Renaturierung eingereicht. Dies entspricht der tripartiten Vereinbarung zwischen Kanton, TCS und Umweltverbänden von 2018 zur Aufhebung des Campingplatzes per Ende 2024. Nach den Gutachten der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) von 2003 und 2023 sowie dem Gutachten von Alt-Bundesgerichtspräsident Dr. Lorenz Meyer von 2022 ist der Campingplatz zonen- und umweltrechtswidrig. Die ENHK verlangt die Aufhebung des Campingplatzes und die Renaturierung des gesamten Gebietes. Die Legalisierung des Campingplatzes ist chancenlos. Die Umsetzung der Motion ist unmöglich.
318-2020 M	Etter (Treiten, BDP) vom 03.12.2020 Zonenkonformität und umweltrechtliche Zulässigkeit des TCS-Campingplatzes Gampelen umsetzen	16.09.2021 Annahme	16.09.2023	Der TCS hat den Betrieb des Campingplatzes Fanel am 6. Oktober 2024 definitiv eingestellt. Es befinden sich keine Campeure mehr auf dem Gelände. Kanton und TCS haben ein Gesuch um Rückbau und Renaturierung eingereicht. Dies entspricht der tripartiten Vereinbarung zwischen Kanton, TCS und Umweltverbänden von 2018 zur Aufhebung des Campingplatzes per Ende 2024. Nach den Gutachten der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) von 2003 und 2023 sowie dem Gutachten von Alt-Bundesgerichtspräsident Dr. Lorenz Meyer von 2022 ist der Campingplatz zonen- und umweltrechtswidrig. Die ENHK verlangt die Aufhebung des Campingplatzes und die Renaturierung des gesamten Gebietes. Die Legalisierung des Campingplatzes ist chancenlos. Mit der Abklärung der umweltrechtlichen Zulässigkeit ist die Motion teilweise erfüllt. Die weiteren Punkte können nicht umgesetzt werden.
191-2021 M	Freudiger, Langenthal, SVP Campingplatz Fanel – Den politischen Willen endlich umsetzen	08.12.2021 Annahme	08.12.2023	Der TCS hat den Betrieb des Campingplatzes Fanel am 6. Oktober 2024 definitiv eingestellt. Es befinden sich keine Campeure mehr auf dem Gelände. Kanton und TCS haben ein Gesuch um Rückbau und Renaturierung eingereicht. Dies entspricht der tripartiten Vereinbarung zwischen Kanton, TCS und Umweltverbänden von 2018 zur Aufhebung des Campingplatzes per Ende 2024. Nach den Gutachten der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) von 2003 und 2023 sowie dem Gutachten von Alt-Bundesgerichtspräsident Dr. Lorenz Meyer von 2022 ist der Campingplatz zonen- und umweltrechtswidrig. Die ENHK verlangt die Aufhebung des Campingplatzes und die Renaturierung des gesamten Gebietes. Die Legalisierung des Campingplatzes ist chancenlos, weshalb die Umsetzung der Motion nicht zielführend ist.

3. Motionen und Postulate mit Antrag auf Fristverlängerung

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, deren Bearbeitungsfrist abläuft oder abgelaufen ist (vgl. Spalte «Frist Vollzug») und zu welchen ein Antrag auf Fristverlängerung gestellt wird. Vor dem Hintergrund des Bearbeitungsstands wird der Antrag auf Fristverlängerung begründet (F1: Antrag auf Fristverlängerung um 1 Jahr / F2: Antrag auf Fristverlängerung um 2 Jahre).

DIREKTION FÜR INNERES UND JUSTIZ (DIJ)					
Vorstoss-Nr. Typ	Urheber (Ort / Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand Begründung Antrag auf Fristverlängerung	Antrag F1 / F2
225-2021 M	Hess (Nidau, FDP) vom 28.11.2021 Siedlungsentwicklung nach innen unterstützen – Tausch von Parzellen in verschiedenen Zonen ermöglichen	13.09.2022 Annahme	13.09.2024	Im Rahmen einer nächsten Änderung der Bauverordnung wird die Umschreibung des «auch aus Sicht des Kantons wichtigen Ziels» gemäss Artikel 30 der Raumplanungsverordnung überprüft.	F2
164-2022 M	Remund (Mittelhäusern, Grüne) vom 05.09.2022 Vorbereitung der Raumplanung für alpine Photovoltaik-Anlagen	08.12.2022 Annahme	31.12.2024	Die Vorarbeiten für eine Potenzialanalyse für alpine Photovoltaikanlagen werden durch das Amt für Umwelt und Energie derzeit aufgegleist. Auf dieser Grundlage wird anschliessend die entsprechende Positivplanung mit verbindlichen Anweisungen an die planenden Stellen im kantonalen Richtplan verankert.	F2
255-2021 M	Wandfluh (Kandergrund, SVP) Anpassung der kantonalen Entschädigungsansätze für landwirtschaftliches Kulturland bei Enteignungen	13.6.2022 Angenommen	31.12.2024	Die Umsetzung erfolgt mit einer Revision des Enteignungsgesetzes. Die Gesetzgebungsarbeiten laufen. Der Zeitplan sieht vor, dass der GR die Vorlage in der Frühlingssession 2025 berät.	F2

4. Stand der Bearbeitung überwiesener Motionen und Postulate ohne Anträge

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, zu welchen kein Antrag gestellt wird. Es wird über den Bearbeitungsstand informiert.

DIREKTION FÜR INNERES UND JUSTIZ (DIJ)					
Vorstoss-Nr. Typ	Urheber (Ort / Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand Begründung Antrag auf Abschreibung	
108-2015 M	Grädel (Huttwil/Schwarzenbach, EDU) Bessere Nutzung ungenutzter, bestehender Bausubstanz ausserhalb der Bauzone	16.9.2015 Annahme als Postulat	31.12.2019	Das Bauen ausserhalb der Bauzone wird abschliessend durch die Raumplanungsgesetzgebung des Bundes geregelt. Der Regierungsrat hat im Rahmen der laufenden Anpassung des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes (RPG-Revision 2. Etappe) eine Anpassung von Artikel 24c RPG verlangt und unterstützt den vorgesehenen Planungs- und Kompensationsansatz, der auf eine Erweiterung des Handlungsspielraums beim Bauen ausserhalb der Bauzone abzielt.	
226-2016 M	Freudiger Patrick (Langenthal, SVP) Bauen ausserhalb der Bauzone – Potential nutzen	24.01.2017 Annahme	31.12.2021	Das Bauen ausserhalb der Bauzone wird abschliessend durch die Raumplanungsgesetzgebung des Bundes geregelt. Der Regierungsrat hat im Rahmen der laufenden Anpassung des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes (RPG-Revision 2. Etappe) eine Anpassung von Artikel 24c RPG verlangt und unterstützt den vorgesehenen Planungs- und Kompensationsansatz, der auf eine Erweiterung des Handlungsspielraums beim Bauen ausserhalb der Bauzone abzielt.	
224-2016 M	Vogt (Oberdiessbach, FDP) Lockerungen im Datenschutz – für Regelungen mit Augenmass	06.09.2017 Annahme	31.12.2021	Die Umsetzung erfolgt im Rahmen der geplanten Revision des Datenschutzgesetzes.	
074-2018 M	Graf (SP, Interlaken) Zurverfügungstellung von Parkplätzen an sinnvollen Orten, so dass die Zahl von Fahrgemeinschaften von Pendlerinnen und Pendlern zunimmt.	13.03.2019 Annahme	31.12.2023	Für die Umsetzung des Motionsanliegens sind vertiefte Abklärungen nötig. Sobald die dazu in Auftrag gegebene Studie vorliegt, werden die Ergebnisse dem Grossen Rat in einem entsprechenden Bericht unterbreitet.	

053-2019 M	Marti (Bern, SP) Massnahmen zur Verhinderung von Kies- und Betonkartellen	12.06.2019 Punktweise beschlossen Ziff. 1: Annahme als Postulat Ziff. 2: Annahme als Postulat Ziff. 3: Annahme als Motion Ziff. 4: Annahme als Postulat	31.12.2023	Die eidgenössische Wettbewerbskommission (WEKO) hat mit Entscheid vom 27. August 2024 die Untersuchungen im Verfahren «Baustoffe und Deponien Bern (KAGA)» abgeschlossen und die Verhaltensweisen der KAGA und ihrer Aktionärinnen und Aktionäre in mehreren Punkten als kartellrechtlich unzulässig beurteilt. Die Begründung des Entscheids steht noch aus. Es ist davon auszugehen, dass gegen den WEKO-Entscheid Beschwerde erhoben wird. Für die Umsetzung der Motion ist der rechtskräftige Abschluss des Verfahrens abzuwarten.
249-2019 M	Riesen (Moutier, PSA) Kantone sollen über Elternurlaub legiferieren können	11.06.2020 Annahme als Postulat	31.12.2024	Am 30. April 2021 reichte ein Initiativkomitee bei der STA die «Initiative für eine kantonale Elternzeit» ein. Darin wurde die Einführung einer kantonalen Elternzeit verlangt. Der GR lehnte in der Wintersession 2022 die Initiative ohne Gegen-vorschlag ab. In der Volksabstimmung vom 18. Juni 2023 lehnte auch die Stimmbevölkerung die Initiative ab. Der Regierungsrat hatte die Annahme als Postulat empfohlen, um die Klärung der Ausgangslage auf nationaler Ebene abzuwarten. Auf nationaler Ebene werden weiterhin die Ergebnisse des Berichts des Bundesrats zum Postulat 21.3961 «Volkswirtschaftliches Gesamtmodell (Kosten-Nutzen) von Elternzeitmodellen» erwartet.
042-2020 M	Hess (Nidau, FDP) Unterstützung für die Mitholzer Bevölkerung	03.12.2020 Annahme	03.12.2024	Der Regierungsrat setzt sich laufend dafür ein, dass alle raumplanerisch möglichen Massnahmen zugunsten der Mitholzer Bevölkerung rasch und unbürokratisch umgesetzt werden und dass der durch die Räumung aufgegebene Wohn- und Arbeitsraum in Kandergrund oder in den Nachbargemeinden ausgeschieden werden kann.
045-2020 M	Lanz (Thun, SVP) Kein Transport von Bahnschotter auf der Strasse	03.12.2020 Annahme	03.12.2024	Die Standortevaluation für den Ersatz der Verladeanlage Thun-Scherzigen läuft. Eine Verkehrszunahme auf der Strasse im Raum Thun soll vermieden werden.
064-2020 M	Wandfluh (Kandergrund, SVP) Rechtssicherheit bei der Umsiedlung beim Munitionslager Mitholz	03.12.2020 Annahme	03.12.2024	Die Planungsarbeiten sind abgeschlossen, der Vollzug der Umsiedelung ist im Gang. Der Regierungsrat setzt sich angesichts der ausserordentlichen Situation in Mitholz auch weiterhin für pragmatische und unbürokratische Lösungen ein und vertritt die Interessen der Mitholzer Bevölkerung, damit die physische Unversehrtheit der Bevölkerung und die Rechtssicherheit sichergestellt sind.
120-2020 P	Michel (Schattenhalb, SVP) vom 02.06.2020 Raumplanerische Antworten auf die neuen Kampfflugzeuge	22.03.2021 Annahme	31.12.2025	Im Rahmen der Vernehmlassung des Bundes zur Änderung des eidgenössischen Umweltschutzgesetzes wurden die Anliegen der betroffenen Gemeinden eingebracht. Das AGR ist im Gespräch mit den betroffenen Gemeinden und dem eidgenössischen Verteidigungsdepartement, um Erleichterungen der raumplanerischen Vorgaben zu erreichen.
187-2020 M	Reinhard (Thun, FDP) vom 11.06.2020 Aufhebung der Nutzungseinschränkungen bei Gebäuden (Ausnutzungsziffern oder neu nach BMBV: z. B. Geschossflächenziffer)	22.03.2021 Punktweise beschlossen Ziff. 1: Annahme Ziff. 2: Annahme Ziff. 3: Annahme als Postulat Ziff. 4: Annahme als Postulat	22.03.2025	Die Motion wird im Rahmen einer nächsten Änderung der Baugesetzgebung umgesetzt.
257-2020 M	Niederhauser (Court, FDP) vom 05.10.2020 Verfahren bei Windparkprojekten	16.09.2021 Annahme als Postulat	16.09.2025	Für die Umsetzung des Vorstosses sind die laufenden Gesetzesanpassungen auf Bundesebene zur Verfahrensbeschleunigung im Bereich der erneuerbaren Energien (Änderung eidgenössische Energiegesetzgebung: sog. Beschleunigungsvorlage) abzuwarten.
280-2020 M	Knutti (Weissenburg, SVP) vom 23.11.2020 Mobile Solaranlagen ohne Baubewilligung in der Bau- und Landwirtschaftszone ermöglichen	16.09.2021 Annahme	31.12.2025	Dem Motionsanliegen wird im Rahmen der anstehenden Überarbeitung der kantonalen Richtlinien «Baubewilligungsfreie Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien» unter der Federführung des Amts für Umwelt und Energie der Wirtschafts-, Umwelt- und Energiedirektion soweit möglich Rechnung getragen, wobei die Änderungen im Bundesrecht zu beachten sind. Es wird geprüft, ob zusätzlich das Baubewilligungsdekret im Rahmen einer nächsten Revision angepasst werden muss.
098-2021 M	FDP (Thun, Reinhard) vom 07.06.2021 Stärkung des Justizstandortes Bern	16.09.2021 Annahme	31.12.2025	Die Arbeiten für die nötigen gesetzlichen Anpassungen sind Teil des laufenden Gesetzgebungsprojekts zur Umsetzung der ZPO und StPO-Revisionen (Änderungen GSOG und EG ZSJ). Der Grosse Rat wird voraussichtlich in der Sommersession 2025 mit der ersten Lesung befasst werden.
122-2021 M	Flück (Interlaken, FDP) vom 07.06.2021 Umwelt- und Lärmschutzgesetzgebung so anpassen, dass Um- und Neubauten im unmittelbaren Umfeld des Militärflugplatzes Meiringen weiterhin möglich sind	16.09.2021 Annahme	16.09.2025	Im Rahmen der Vernehmlassung des Bundes zur Änderung des eidgenössischen Umweltschutzgesetzes wurden die Anliegen der betroffenen Gemeinden eingebracht. Das Amt für Gemeinden und Raumordnung ist im Gespräch mit den betroffenen Gemeinden und dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), um Erleichterungen der raumplanerischen Vorgaben zu erreichen.
184-2021 M	Speiser-Niess (Zweisimmen, SVP) Der Regierungsrat erstellt einen Bericht über die Tätigkeit des AGR	08.12.2021 Annahme	08.12.2025	Der zur Umsetzung der übrigen Motionsanliegen vom Regierungsrat vorgelegte Bericht wurde vom Grossen Rat in der Wintersession 2023 mit einer Auflage teilweise zurückgewiesen. Dem Grossen Rat wird in der Frühlingssession 2025 ein neuer Bericht vorgelegt.

190-2021 M	Josi (Wimmis, SVP) Den Kantons Bern vorwärtsbringen und unnötige Verzögerungen durch die OLK stoppen	08.12.2021 Punktweise beschliessen Ziff. 1 + 2: Annahme als Postulat Ziff. 3: Annahme Ziff. 4: Annahme Ziff. 5: Annahme	08.12.2025	Der zur Umsetzung der Motion vom Regierungsrat vorgelegte Bericht wurde vom Grossen Rat in der Wintersession 2023 mit Auflagen zu den Ziffern 2, 3, 4 und 5 teilweise zurückgewiesen. Dem Grossen Rat wird in der Frühlingssession 2025 somit ein neuer Bericht vorgelegt.
027-2021 M	Feuz, Bern, SVP Rechtsfreie Räume in und um die Reithalle Bern – Der Kanton muss eingreifen	09.12.2021 Punktweise beschliessen Ziff. 1: Annahme als Postulat Ziff. 2: Ablehnung Ziff. 3: Ablehnung	31.12.2025	In Umsetzung des Postulats ist ein Prüfbericht in Erarbeitung, mit dem der tatsächliche Handlungsbedarf eruiert und mögliche gesetzgeberische Ansätze herausgearbeitet und bewertet werden sollen. Der Berichtsentwurf ist erstellt, wird nun aber noch an die neuesten Entwicklungen / Vorfälle angepasst. Danach folgt die kantonsinterne Konsolidierung.
106-2022 M	FDP (Arn, Muri b. Bern) vom 07.06.2022 Strategische Arbeitszonen ermöglichen	09.03.2023 Annahme als Postulat	31.12.2025	Die Arbeiten zur Umsetzung wurden aufgenommen und werden im Rahmen der aktiven Flächenpolitik weiter konkretisiert.
144-2022 M	Amstutz (Sigriswil, BSL) vom 15.06.2022 Das See- und Flusssufergesetz (SFG) ist für saisonale Aussenplätze und für den kommerziellen Bereich mit öffentlichem Interesse zu lockern	13.03.2023 Annahme	31.12.2025	Es wird geprüft, wie die Motion umgesetzt werden kann.
143-2022 M	Amstutz (Sigriswil, BSL) vom 15.06.2022 Keine Veranlagung von Handänderungssteuern für Einstellhallen- und Parkplätze, Bastelräume und andere Nebenräume beim Erwerb eines Hauptwohnsitzes	13.03.2023 Annahme	31.12.2025	Die Arbeiten zur Anpassung des Handänderungssteuergesetzes sind am Laufen. Ein Projekt unter Einbezug der Fraktionen des GR, des GBA, des VbN und weiterer Akteure ist gestartet. Der Grosse Rat wird gemäss Zeitplan voraussichtlich in der Wintersession 2026 mit der ersten Lesung befasst werden.
247-2022 M	Bohnenblust (Biel/Bienne, FDP) vom 28.11.2022 Dringende Überprüfung und Anpassungen bei den Grundbuchämtern	13.03.2023 Annahme	31.12.2025	2023 wurden zum bestehenden Führungsmodell ein Review und ein Audit in Bezug auf die Geschäftsrückstände durchgeführt. Die daraus abgeleiteten Massnahmen sind bereits vollständig umgesetzt oder in Bearbeitung, so u.a. die Ausarbeitung einer Digitalisierungsstrategie und eines amtsweiten Controllings zur Geschäftsentwicklung. Der neue Vorsteher des kantonalen Grundbuchamts hat seine Arbeit am 1. April 2024 aufgenommen.
249-2022 M	Freudiger (Langenthal, SVP) vom 28.11.2022 Initiative und Innovation von Gemeinden und Regionen für eigene Fachkompetenz fördern	13.03.2023 Annahme	31.12.2025	Die Arbeiten zur Umsetzung wurden aufgenommen. Insbesondere wird geprüft, ob und welche Anpassungen in der kantonalen Gesetzgebung nötig sind, um die Motionsforderung umzusetzen.
022-2023 M	Hegg (Lyss, FDP) vom 06.03.2023 Die Eigenversorgung mit Kiesprodukten und Deponiekapazitäten im Kanton Bern für die Zukunft sicherstellen	06.06.2023 Annahme	31.12.2025	Eine ausreichende Eigenversorgung mit Kiesprodukten und genügend Auffüll- und Ablagerungskapazitäten werden im Sachplan Abbau, Deponie, Transporte (ADT) (Kapitel 41, im Grundzug 1) als zentrale Zielsetzung festgehalten. Weiter ist der Verweis auf die Zielsetzung des Sachplans ADT im strategischen Kapitel C5, Ver- und Entsorgung, im Rahmen des Richtplancontrollings im Jahr 2022 aufgenommen worden. Im Bereich der Verfahrensbeschleunigungen wurden dem Grossen Rat im Controllingbericht ADT 2024 mögliche Massnahmen vorgeschlagen.
023-2023 M	Schindler (Bern, SP) vom 06.03.2023 Für eine echte Prämienverbilligung	07.03.2023 Annahme als Postulat	31.12.2025	Die Arbeiten zur Umsetzung wurden aufgenommen. Die Berichterstattung z.H. GR ist für die Sommersession 2025 geplant.
026-2023 M	SP-JUSO (Kocher Hirt, Worben) vom 06.03.2023 Eine gute Prämienverbilligung ist jetzt dringend nötig!	07.03.2023 Annahme als Postulat	31.12.2025	Die Arbeiten zur Umsetzung wurden aufgenommen. Die Berichterstattung z.H. GR ist für die Sommersession 2025 geplant.
225-2022 M	BaK (Müller, Langenthal) vom 02.11.2022 Verfahren, Instrumente und Zusammenarbeit in der Planung	05.09.2023 Ziff. 1: Annahme Ziff. 2: Annahme Ziff. 3: Annahme und Abschreibung	31.12.2025	Es wird geprüft, wie die Motion umgesetzt werden kann.
112-2023 M	Knutti (Weissenburg, SVP) vom 05.06.2023 Mehr Spielraum und Sicherheit beim Bau von Bewirtschaftungswegen	05.09.2023 Annahme	31.12.2025	Die Arbeiten zur Umsetzung wurden aufgenommen.
293-2022 M	Ammann (Bern, AL) vom 08.12.2022 Prämienverbilligungssystem verbessern	06.09.2023 Annahme als Postulat	31.12.2025	Die Arbeiten zur Umsetzung wurden aufgenommen. Die Berichterstattung z.H. GR ist für die Sommersession 2025 geplant.
294-2022 M	Matti (Zweisimmen, Die Mitte) vom 08.12.2022 Effizientere Umsetzung der Handänderungssteuer	06.09.2023 Annahme	31.12.2025	Die Arbeiten zur Anpassung des Handänderungssteuergesetzes sind am Laufen. Ein Projekt unter Einbezug der Fraktionen des GR, des GBA, des VbN und weiterer Akteure ist gestartet. Der Grosse Rat wird gemäss Zeitplan in der Wintersession 2026 mit der ersten Lesung befasst werden.

302-2022 M	Rüeggsegger (Riggisberg, SVP) vom 08.12.2022 Schutzgebiete auf Fruchtfolgefächern sind zu kompensieren	06.09.2023 Annahme	31.12.2025	Die Arbeiten zur Umsetzung der Motion wurden aufgenommen.
116-2023 M	Lerch (Langenthal, SVP) vom 05.06.2023 Die übertriebene Kostenbeteiligung für Eltern von Kindern mit Behinderungen korrigieren und die Erwerbsanreize wiederherstellen	06.09.2023 Annahme	31.12.2025	Die Arbeiten zur Umsetzung wurden aufgenommen. Die Motionsforderungen sollen insbesondere durch Anpassungen an der Verordnung über die Leistungen für Kinder mit einem besonderen Förder- und Schutzbedarf (KFSV) erfüllt werden. Die hierfür nötige Teilrevision der KFSV ist weit fortgeschritten; die breit angelegte Konsultation hat vom 31. Juli bis am 18. Oktober 2024 stattgefunden.
017-2023 M	Matti (Zweisimmen, Die Mitte) vom 06.03.2023 Touristische Entwicklung in den Intensiverholungsgebieten nicht unnötig einschränken	29.11.2023 Annahme	31.12.2025	Im Rahmen der Umsetzung des im revidierten Raumplanungsgesetz (RPG 2) vorgesehenen Planungsansatzes werden Anpassungen hinsichtlich der Intensiverholungsgebiete (IEG) geprüft.
061-2023 M	Gerber (Schüpfen, Die Mitte) vom 14.03.2023 Optimierung der Überzeitbewilligungen in der Gastronomie	30.11.2023 Annahme	31.12.2025	Die Arbeiten zur Umsetzung der Motion wurden aufgenommen.
128-2023 M	Reinhard (Thun, FDP) vom 06.06.2023 Freiwillige Kirchensteuer für juristische Personen	06.03.2024 Annahme als Postulat	31.12.2026	Zur Erarbeitung des Berichts z.Hd. des Grossen Rates wurde das Projekt «Auslegeordnung Kirchensteuer juristischer Personen» gestartet. Ziel des Projekts ist die Erarbeitung fundierter Entscheidungsgrundlagen z. Hd. des Grossen Rates zur Weiterentwicklung der Kirchensteuer für juristische Personen im Kanton Bern.
216-2023 M	Esseiva (Bern, FDP) vom 14.09.2023 Griffige Massnahmen gegen Missbrauchsvorfälle in der römisch-katholischen Kirche	06.03.2024 Ziff. 1-4: Annahme und Abschreibung Ziff. 5: Annahme	31.12.2026	Die Arbeiten zur Umsetzung wurden aufgenommen.
221-2023 M	Gasser (Ostermundigen, GLP) vom 14.09.2023 Negative Erwerbsanreize aus dem System der Prämienverbilligung eliminieren!	05.06.2024 Annahme	31.12.2026	Die Arbeiten zur Umsetzung der Motion wurden aufgenommen. Die Berichterstattung z.H. GR ist für die Sommersession 2025 geplant.
271-2023 M	Freudiger (Langenthal, SVP) vom 07.12.2023 Rahmenbedingungen für Effizienz in der Justiz optimieren	05.06.2024 Annahme	31.12.2026	Die Arbeiten für die nötigen gesetzlichen Anpassungen sind Teil des laufenden Gesetzgebungsprojekts zur Umsetzung der ZPO und StPO-Revisionen (Änderungen GSOG und EG ZSJ). Der Grosse Rat wird gemäss Zeitplan in der Sommersession 2025 mit der ersten Lesung befasst werden.
118-2024 M	Günthör (Erlach, SVP) vom 03.06.2024 Kein Verdrängen der Menschen aus der Natur	03.09.2024 Ziff. 1: Annahme Ziff. 2: Annahme Ziff. 3: Annahme als Postulat Ziff. 4: Annahme Ziff. 5: Annahme als Richtlinienmotion	31.12.2026	Die Arbeiten zur Umsetzung der Motion wurden aufgenommen.
273-2023 M	Matti (Zweisimmen, Die Mitte) vom 07.12.2023 Effizientere Verwaltung - Verbindliche Fristen für Behörden mit verbindlichen Konsequenzen bei Nichteinhaltung	04.09.2024 Ziff. 1: Annahme Ziff. 2: Annahme als Postulat	31.12.2026	Die Umsetzung des Vorstosses wird in einer nächsten Baugesetzrevision geprüft.
026-2024 M	Rothenbühler (Lauperswil, Die Mitte) vom 04.03.2024 Mehr Mitsprache des Parlaments beim kantonalen Richtplan	26.11.2024 Annahme	31.12.2026	Die Arbeiten zur Umsetzung der Motion wurden aufgenommen.
062-2024 M	von Arx (Spiegel b. Bern, GLP) vom 12.03.2024 Entwicklung einer KI-basierten Erweiterung von eBau zwecks verstärkter Automatisierung im Baubewilligungsverfahren Richtlinienmotion	26.11.2024 Annahme	31.12.2026	Die Arbeiten zur Umsetzung der Motion wurden aufgenommen.
068-2024 M	Vögeli (Frauenkappelen, GLP) vom 13.03.2024 Zeitgemässe Zulassungskriterien bei der Anwaltsprüfung Richtlinienmotion	27.11.2024 Annahme	31.12.2026	Die Arbeiten zur Umsetzung der Motion wurden aufgenommen.
097-2024 M	BaK vom 08.05.2024 Biodiversität im Siedlungsgebiet: Biodiversitätskonzept regional verankern	26.11.2024 Annahme als Postulat	31.12.2026	Die Arbeiten zur Umsetzung des Postulats wurden aufgenommen.

196-2024 M	Spahr (Lengnau, SVP) vom 02.09.2024 Die Förderung von Spontanhalten von ausländischen Fahrenden via Hintertür des Richtplans ist sofort zu stoppen!	26.11.2024 Annahme	31.12.2026	Die Arbeiten zur Umsetzung der Motion wurden aufgenommen.
---------------	--	-----------------------	------------	---

5. Planungserklärungen

In der folgenden Tabelle wird über den Stand der Umsetzung von Planungserklärungen Bericht erstattet (Status: In Bearbeitung / Erledigt).

Bei verschiedenen Planungserklärungen mit demselben Titel (gleiches Geschäft) Spalte (Punkt X) ausfüllen (Titel, Datum leer lassen)

DIREKTION FÜR INNERES UND JUSTIZ (DIJ)					
Titel	Datum	Erklärung	Kurzbeschreibung /zusammengefasst) des Gegenstandes	Bearbeitungsstand (zusammengefasst)	Status
Controlling ADT 2017. Vollzug Kantonalen Sachplan Abbau, Deponie, Transporte	22.11.2017	6	Marktbeobachtung I: Der Regierungsrat setzt die Vorgaben im Sachplan ADT um, wonach es Aufgabe des Kantons ist, die Entwicklung der Marktpreise, der Leistungen und des Wettbewerbs zu beobachten und bei Indizien für ein Marktversagen weitere Schritte einzuleiten (Grundsatz 18).	Über die Umsetzung der Planungserklärung hat der Regierungsrat den Grossen Rat mit dem Controllingbericht 2024 informiert.	Erledigt
		8	Marktbeobachtung II: Der Regierungsrat stellt sicher, dass Daten zur Entwicklung der Marktpreise und des Wettbewerbs durch die federführende Stelle erhoben und ausgewertet werden und darüber im Controllingbericht ADT Rechenschaft abgelegt wird. Dabei sind auch die Auswirkungen auf die Kosten für den Kanton aufzuzeigen.	Über die Umsetzung der Planungserklärung hat der Regierungsrat den Grossen Rat mit dem Controllingbericht ADT 2024 informiert.	Erledigt
Zukunft der regionalen Zusammenarbeit. Folgerungen aus der Evaluation der Strategie für Agglomerationen und Regionale Zusammenarbeit (SARZ)	22.11.2017		5 zu Leitsatz 5a An den bestehenden Perimetern für die regionale Zusammenarbeit wird <u>grundsätzlich</u> festgehalten. Für die Regionen Thun Oberland-West und Biel/Bienne-Seeland-Jura bernois bietet das Regionalkonferenzmodell mit der Möglichkeit zur Bildung von Teilkonferenzen die nötige Flexibilität für individuelle Lösungen, <u>dabei ist insbesondere den Bedürfnissen der Gemeinden Rechnung zu tragen</u> . In jedem Fall müssen für die Abstimmung der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung sowie die Regionalpolitik die bestehenden Perimeter gewahrt bleiben.	Der Dialog mit den Regionen Thun Oberland-West und Biel/Bienne-Seeland-Jura bernois wurde bereits vor längerem aufgenommen. Während die Einführung einer Regionalkonferenz in der Region Biel/Bienne-Seeland Jura bernois aus jurapolitischen Gründen bis auf weiteres nicht zur Diskussion steht, wird in der Region Thun Oberland-West ergebnisoffen über Möglichkeiten für flexible regionsspezifische Lösungen für die regionale Zusammenarbeit diskutiert. Dabei soll insbesondere auch den Bedürfnissen der Gemeinden Rechnung getragen werden. Das Ergebnis der laufenden Diskussion im Entwicklungsraum Thun (ERT) ist zurzeit offen, Die Region Oberraar hat aufgrund eines Antrages einer Subregion über die Bildung einer Regionalkonferenz diskutiert und Vor- und Nachteile geprüft. Dieser Prüfauftrag wurde aber zwischenzeitlich durch die Subregion wieder zurückgezogen.	In Bearbeitung
Raumplanungsbericht 2018	28.11.2018		Seite 10, Raumplanungsbericht 2018 <u>Kontingent Fruchtfolgeflächen (FFF) ist erfüllt</u> : Eine vom Kanton zu erarbeitende Bodenkarte gibt Auskunft über das FFF-Inventar und adäquate Informationen im Kanton Bern.	Die Arbeiten im Hinblick auf eine flächendeckende Bodenkarte wurden aufgenommen und eine Machbarkeitsstudie (Detailkonzept) für die Erhebung der nötigen Bodeninformationen im Kanton liegt vor. Die Umsetzung läuft seit 2020, wobei die Anschubfinanzierung für die ersten vier Jahre über die Wyss Academy for Nature at the University of Bern erfolgt ist. Die weiteren Etappen werden in enger Abstimmung mit dem Bund erfolgen.	Erledigt
			Die Bearbeitungsabläufe in der Abteilung Orts- und Regionalplanung des AGR sind zu beschleunigen und die Bearbeitungsfristen sind zu kürzen.	Ein gemeinsam von Kanton und Gemeinden im Kontaktgremium Planung (KGP) erarbeitetes erstes Massnahmenpaket zur Beschleunigung des Vorprüfungsverfahrens ist mit der vom Grossen Rat in der Herbstsession 2022 beschlossenen Änderung des Baugesetzes und Anpassungen der Praxis umgesetzt worden. Die verwaltungsinternen Abläufe und Schnittstellen wurden überprüft und mit gezielten organisatorischen Massnahmen optimiert. Weitere Massnahmen zur Straffung und Vereinfachung des Plangenehmigungs- und beschwerdeverfahrens werden auf Basis der gesetzlichen Grundlagen geprüft.	In Bearbeitung

Standortvorteil für den Kanton Bern: Dauer für sämtliche Verfahren verkürzen	30.08.2019		Der Baubewilligungsbehörde ist im BauG und BewD die Kompetenz einzuräumen, die durch die Baueinsprachen zusätzlich verursachten Kosten (insb. wegen zusätzlichen Zeitaufwands für die Behandlung der Einsprachen) den Einsprechern aufzuerlegen, soweit sie mit ihren Anträgen unterliegen.	Umsetzung wird im Rahmen einer nächsten Baugesetzrevision geprüft.	In Bearbeitung
Controlling ADT 2020. Vollzug Kantonalen Sachplan Abbau, Deponie, Transporte	22.03.2021		Grundsatzfrage 1 – Richtplanung: Der Grosse Rat stimmt dem Grundsatz zu, dass die regionale Richtplanungskompetenz beizubehalten sei. Der Grosse Rat fordert den Regierungsrat allerdings auf, Massnahmen zu ergreifen, um den kantonalen Einfluss bei der übergeordneten Steuerung des ADT-Bereichs zu stärken.	Über die Umsetzung der Planungserklärung hat der Regierungsrat den Grossen Rat mit dem Controllingbericht ADT 2024 informiert.	Erledigt
			Grundsatzfrage 2 – Nutzungsplanung: Der Grosse Rat unterstützt die Absicht des Regierungsrates zu prüfen, ob die Nutzungsplanungskompetenz neu zugewiesen werden kann und aufzuzeigen, welche Auswirkungen dies bezüglich Gesetzgebung und Ressourcen hätte. Der Regierungsrat prüft dabei gestützt auf einen interkantonalen Vergleich nicht nur eine Verschiebung zum Kanton, sondern weitere Varianten, namentlich eine Verschiebung zur Gemeinde-Exekutive.	Über die Umsetzung der Planungserklärung hat der Regierungsrat den Grossen Rat mit dem Controllingbericht ADT 2024 informiert.	Erledigt
			Grundsatzfrage 5 – Transport: Der Grosse Rat ist der Auffassung, dass für die Beurteilung des Sachplanziels «Schonung von Mensch und Umwelt» Kennzahlen zu den durchschnittlichen Transportdistanzen notwendig sind. Der Regierungsrat stellt darum sicher, dass aussagekräftige Daten erhoben werden. Sofern nötig, ist dem Grossen Rat für die Erhebung der Daten eine gesetzliche Grundlage vorzulegen.	Über die Umsetzung der Planungserklärung hat der Regierungsrat den Grossen Rat mit dem Controllingbericht ADT 2024 informiert.	Erledigt
			Beschleunigung der Verfahren: Der Regierungsrat setzt sich als übergeordnetes Ziel, die Planungsverfahren im ADT-Bereich deutlich zu beschleunigen und legt dem Grossen Rat – sofern notwendig – entsprechende gesetzliche Anpassungen vor.	Über die Umsetzung der Planungserklärung hat der Regierungsrat den Grossen Rat mit dem Controllingbericht ADT 2024 informiert.	Erledigt
			Beseitigung Deponienotstand: Der Regierungsrat ergreift Massnahmen, damit verfügbare Deponievolumen nicht nur theoretisch – das heisst planerisch – zur Verfügung stehen, sondern auch effektiv vorhanden sind und damit das Sachplanziel der sicheren Entsorgung tatsächlich erreicht werden kann. Sofern nötig, unterbreitet er dem Grossen Rat eine Vorlage mit gesetzlichen Anpassungen.	Über die Umsetzung der Planungserklärung hat der Regierungsrat den Grossen Rat mit dem Controllingbericht ADT 2024 informiert.	Erledigt
			Bodenverbesserungsmassnahmen: Der Regierungsrat ergreift Massnahmen, damit die Bewilligungsverfahren für Bodenverbesserungsmassnahmen vereinfacht werden, so dass unverschmutzter Aushub nicht Deponiekapazitäten beansprucht. Sofern nötig, unterbreitet er dem Grossen Rat eine Vorlage mit gesetzlichen Anpassungen.	Über die Umsetzung der Planungserklärung hat der Regierungsrat den Grossen Rat mit dem Controllingbericht ADT 2024 informiert.	Erledigt
			Marktbeobachtung: Der Regierungsrat nutzt das beim Kanton, der ein grosser Bauherr ist, vorhandene Wissen, um die Marktsituation im ADT-Bereich zu beobachten. Sofern nötig, unterbreitet er dem Grossen Rat eine Vorlage für gesetzliche Anpassungen.	Über die Umsetzung der Planungserklärung hat der Regierungsrat den Grossen Rat mit dem Controllingbericht ADT 2024 informiert.	Erledigt
			Organisation: Der Regierungsrat stellt sicher, dass ein Amt bestimmt wird, das für die Steuerung des ADT-Bereichs die Federführung hat und dabei die Gesamtsituation im Blick hat.	Über die Umsetzung der Planungserklärung hat der Regierungsrat den Grossen Rat mit dem Controllingbericht ADT 2024 informiert.	Erledigt

			Recycling: Der Regierungsrat ergreift Fördermassnahmen, um den Anteil der Recyclingbaustoffe von heute rund 20 Prozent zu erhöhen.	Über die Umsetzung der Planungserklärung hat der Regierungsrat den Grossen Rat mit dem Controllingbericht ADT 2024 informiert.	Erledigt
Raumplanungsbericht 2022	08.12.2022		Zu Kap. 1 Um den Spielraum in der Anwendung des eidgenössischen Raumplanungsrechts zum Bauen ausserhalb der Bauzonen (zonkonformes und zonenfremdes Bauen) abzuschätzen, lässt der Regierungsrat periodisch mittels einer unabhängigen Expertise prüfen, wie andere Kantone mit ebenfalls ländlich geprägten Strukturen (z.B. Luzern, Ob- und Nidwalden, Tessin, Graubünden) in praxisrelevanten Bereichen ihren Spielraum ausnutzen. Der Regierungsrat erstattet der BaK und/oder dem Grossen Rat Bericht.	Der Auftrag für die verlangte unabhängige Expertise wurde erteilt. Die Ergebnisse werden dem Grossen Rat im Rahmen des Berichts zur Umsetzung der Motion Speiser-Niess «Der Regierungsrat erstellt einen Bericht über die Tätigkeit des AGR» (M 184-2021) unterbreitet.	In Bearbeitung
			Zu Hauptziel E Die Umsetzung der Ökologischen Infrastruktur (Sachplan Biodiversität Massnahme A8) ist auf die Minimalvorgaben vom Bund zu beschränken. Zudem ist auf eine Aufnahme in den Richtplan sowie auf jeglicher behörden- oder grundeigentümerverbindlichen Festlegung zu verzichten.	Es ist offen, ob und welche Mindestvorgaben der Bund hinsichtlich Verankerung der Ökologischen Infrastruktur (ÖI) im kantonalen Richtplan erlassen wird. Bis dies geklärt ist, erfolgt keine Aufnahme der ÖI im kantonalen Richtplan.	In Bearbeitung
Umsetzung der strategischen Ziele und der Vision 2030 (Richtlinien der Regierungspolitik). Berichterstattung 2023	04.06.2024		Zu Ziel 3: Entwicklungsstrategie (Optimierung Bewilligungsverfahren zu diesem definierten Ziel fehlen gänzlich Informationen zum Stand der Dinge im Bericht. Der nächstjährige Bericht ist entsprechend zu ergänzen.	Mit der nächsten Berichterstattung über die Umsetzung der strategischen Ziele und der Vision 2030 wird das Anliegen umgesetzt.	In Bearbeitung
2023.DIJ.3605 Controllingbericht Abbau, Deponie und Transporte (ADT) 2024	04.06.2024	1	Der Regierungsrat stellt mit geeigneten Massnahmen sicher, dass in der Praxis für Abbau und Ablagerung genügend Kapazitäten für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren zur Verfügung stehen.	Die Arbeiten zur Umsetzung werden zeitnah aufgenommen.	In Bearbeitung
		1a	Die Datengrundlage für die Beurteilung der «effektiv verfügbaren Aushub-Ablagerungsreserven» in den Regionen muss verbessert werden.	Die Arbeiten zur Umsetzung werden zeitnah aufgenommen.	In Bearbeitung
		2	Der Regierungsrat ergreift zusätzliche Massnahmen, um die Verfahren im ADT-Bereich, insbesondere verwaltungsinterne Abläufe, zu beschleunigen.	Die Arbeiten zur Umsetzung werden zeitnah aufgenommen.	In Bearbeitung
		2a	Der Regierungsrat ergreift Massnahmen zur Beschleunigung der Verfahren, indem das Planverfahren mit Richt- und Nutzungsplanung, hinterfragt wird und Optimierungen gesucht werden.	Die Umsetzung wird im Rahmen einer nächsten Baugesetzrevision geprüft.	In Bearbeitung
		3	Der Grosse Rat unterstützt das Modell F+ und beauftragt den Regierungsrat, dem Parlament die entsprechenden gesetzlichen Anpassungen vorzulegen.	Die Umsetzung wird im Rahmen einer nächsten Baugesetzrevision geprüft.	In Bearbeitung
		4	Der Grosse Rat unterstützt die im Bericht genannten organisatorischen Anpassungen mit einer Gesamtverantwortung der DIJ.	Die Arbeiten zur Umsetzung wurden aufgenommen.	In Bearbeitung
		5	Der Grosse Rat unterstützt die geplante Erhebung von Transportdaten (inklusive des interkantonalen Austauschs) und beauftragt den Regierungsrat, dem Parlament die entsprechenden gesetzlichen Anpassungen vorzulegen.	Die Arbeiten zur Umsetzung werden zeitnah aufgenommen.	In Bearbeitung.
		6	Der Regierungsrat wird aufgefordert, bei der Vergabe von Bauaufträgen Preisinformationen einzufordern, zu erfassen und auszuwerten, welche die Transparenz erhöhen.	Die Arbeiten zur Umsetzung werden zeitnah aufgenommen.	In Bearbeitung

		8	Der Regierungsrat wird aufgefordert den Schotter und Steinabbau mit Schifftransporten auf den Berner Seen, namentlich dem Thunersee, auch zukünftig sicherzustellen, um den Grundsätzen 9 + 10 nach Sachplan ADT gerecht zu werden.	Die Arbeiten zur Umsetzung werden zeitnah aufgenommen.	In Bearbeitung
		9	Der Regierungsrat ergreift Massnahmen, um den Anteil an Recyclingbaustoffen zu vergrössern.	Die Arbeiten zur Umsetzung werden zeitnah aufgenommen.	In Bearbeitung
2024.DIJ.8662 Reformierte Kirche im Kanton Bern. Bericht zu den Leistungen im gesamtgesellschaftlichen Interesse 2020–2021 2024.DIJ.8663 Kirche in der Gesellschaft. Römisch-katholische Kirche im Kanton Bern. Bericht zu den Leistungen im gesamtgesellschaftlichen Interesse 2020–2021 2024.DIJ.8664 Christkatholische Landeskirche des Kantons Bern. Mitten in der Stadt – nahe bei den Menschen! Bericht zu den Leistungen im gesamtgesellschaftlichen Interesse 2020–2021	30.08.2024	1	Der Regierungsrat wird beauftragt, gemeinsam mit den Landeskirchen den Reportingprozess zu vereinfachen. Dies gilt insbesondere für die Erfassung der Freiwilligenarbeit, für die ein einheitliches Tool zur Verfügung gestellt werden soll.	Die Umsetzung wird in Zusammenarbeit mit den Landeskirchen soweit als möglich bereits für die laufende Erfassungsperiode 2022-2027 angestrebt. Weitere Vereinfachungen, insbesondere die Bereitstellung eines einheitlichen Tools zur Erfassung der Freiwilligenarbeit, werden im Rahmen der vorgesehenen Evaluation im Jahr 2026 geprüft werden. Der BKRA wird die Landeskirchen im Rahmen der Berichterstattung zu den gesamtgesellschaftlichen Leistungen 2022-2027 auffordern, über das Thema Missbrauch und die dazu gehörenden Präventionsmassnahmen sowie die Aufarbeitung zu berichten.	In Bearbeitung
		2	Der Regierungsrat fordert die Landeskirchen für die Berichterstattung zu den gesamtgesellschaftlichen Leistungen auf, über das Thema Missbrauch und die dazu gehörenden Präventionsmassnahmen sowie die Aufarbeitung zu berichten.		
2024.DIJ.1019 Überprüfung der Effizienz und Effektivität von eBau. Bericht zur Umsetzung des Postulats 267-2021	26.11.2024	1	Zu Ziffer 3.1. Wirtschaftlichkeit, Umsetzung VRPG-Revision (S. 5): In der papierlosen Form ist das noch grösstmögliche Potential. Es ist zu prüfen, ob eine digitale Signatur der Dokumente wirklich nötig ist oder ob eine Identifikation mittels BE-Login angestrebt werden kann.	Die Art der digitalen Identifikation muss übergeordnet und kantonsweit im Rahmen des elektronischen Rechtsverkehrs geregelt werden, damit die Verwaltungsverfahren und Verwaltungsjustizverfahren medienbruchfrei in elektronischer Form durchgeführt werden können. Die dazu nötige Änderung des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VRPG) erfolgt ausserhalb von eBau und setzt voraus, dass die dafür notwendigen technischen und organisatorischen Grundlagen vorliegen. Für die Umsetzung der Planungserklärung muss deshalb die VRPG-Revision abgewartet werden.	In Bearbeitung
		2	Zu Ziffer 3.2. Wirtschaftlichkeit, Qualität der Baugesuche (S. 6): Die Eingabemasken und die Benutzerführung sind zu verbessern, so dass Falscheingaben vermieden und zwingende Felder abgefragt werden.	Zusammen mit den betroffenen Anspruchsgruppen (insbesondere Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter, Verband Bernische Gemeinden [VBG], Amts- und Fachstellen und Informatik) werden weitere Verbesserungsmöglichkeiten geprüft. Es wird abgeklärt, welche Pflichtfelder zwingend sind und wie die Gesuchseingabe vereinfacht werden kann.	In Bearbeitung
		3	Zu Ziffer 3.2. Wirtschaftlichkeit, Qualität der Baugesuche (S. 6): Es sind konkrete Massnahmen zu ergreifen, um die Bearbeitung der Gesuche durch eine einheitliche und qualitativ hochstehende Datenlieferung zu vereinfachen.	Zusammen mit den betroffenen Anspruchsgruppen (insbesondere Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter, VBG, Amts- und Fachstellen und Informatik) werden weitere Verbesserungsmöglichkeiten geprüft.	In Bearbeitung
		3a	Zu Ziffer 4.3 Qualität Eingaben eBau (S.8): Die Fragen des Baubewilligungsverfahrens sind in einfacher Sprache zu verfassen, damit sich die Qualität der Gesuche insgesamt verbessert. Wo nötig und sinnvoll wird ein Glossar mit einer einfachen Erklärung der Fachbegriffe hinterlegt.	In eBau wird bereits heute darauf geachtet, dass die Fragen zum Baubewilligungsverfahren in einfacher Sprache verfasst werden. Sie werden gestützt auf Rückmeldungen laufend überprüft und soweit rechtlich möglich vereinfacht. In eBau können zudem über Buttons «Mehr Informationen» Erläuterungen zu Fachbegriffen und Zusatzklärungen abgerufen werden. Zusammen mit den Anspruchsgruppen werden weitere Verbesserungsmöglichkeiten geprüft.	In Bearbeitung
		4	Zu Ziffer 4.4 (S. 10): Das Baubewilligungsverfahren wurde in den letzten Jahren komplexer. Um den gesteigerten Anforderungen gerecht zu werden, sollen nebst dem technischen Support die Baubewilligungsbehörden mit gezielten Massnahmen (z.B. durch Schulung des Baubewilligungsverfahrens durch die Leitbehörden ausserhalb von eBau) unterstützt werden.	Die Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter führen schon bisher und auch weiterhin regelmässig Schulungen zum Baubewilligungsverfahren durch. Es wird geprüft, ob weitere Massnahmen nötig sind.	In Bearbeitung
		5	Am Ende der Betriebsphase von eBau 2.0 ist dieser Bericht zu aktualisieren und dem Grossen Rat erneut vorzulegen. Darin ist aufzuzeigen, welche Weiterentwicklungen gemäss dem Plan der Vertretenden des VBG, der Regierungsstatthalterämter, von Amts- und Fachstellen, etc. realisiert wurden.	Dem Grossen Rat wird am Ende der Betriebsphase 2.0 von eBau ein neuer Bericht vorgelegt.	In Bearbeitung

		6	Bei der Weiterentwicklung von eBau sind sensible Personendaten wie Telefonnummern so zu schützen, dass diese nicht für alle einsehbar sind. Möglichkeiten einer zweiten Ebene, mit spezieller Berechtigung, sind zu prüfen.	In Absprache mit der kantonalen Datenschutzaufsichtsstelle wurden in eBau Vorkehrungen getroffen, damit keine sensiblen Daten in der elektronischen Auflage (eAuflage) aufgeschaltet werden. Die Regierungsstatthalterämter und Gemeinden wurden entsprechend sensibilisiert. Zusammen mit den Regierungsstatthalterämtern und dem VBG wird geprüft, ob weitere Massnahmen nötig sind.	In Bearbeitung
--	--	---	---	--	----------------

6. Auflagen Kreditgeschäfte

In der folgenden Tabelle wird über den Stand der Umsetzung von Auflagen zu Kreditgeschäften Bericht erstattet (Status: In Bearbeitung / Erledigt).

DIREKTION FÜR INNERES UND JUSTIZ (DIJ)				
Titel (Geschäft)	Session	Auflage	Bearbeitungsstand (zusammengefasst)	Status
Kantonsbeitrag an die Landeskirchen für Leistungen im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Objektkredit 2026–2031 (2023.DIJ.14779)	Herbst 24	Die Teuerung wird analog der übrigen subventionierten Betrieben entrichtet. Die jährliche Teuerung wird jedoch auf ein max. von 1,2 % plafoniert.	Auflage in Umsetzung (jährlich)	In Bearbeitung